



Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“

Sozialdatenstatistik 2021

Inhaltsverzeichnis

I.	Vorbemerkung.....	3
II.	Zusammenfassung Deutschland.....	4
III.	Deutschland – Daten 2021.....	7
IV.	Zusammenfassung Länder	12
V.	Länder – Daten 2021	17
VI.	Tabellenverzeichnis.....	37

I. Vorbemerkung

Die Sozialdatenstatistik erhebt Daten über die Hilfeleistungen aus den Finanzmitteln der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Sie erfasst bei den Anträgen und Bewilligungen jede Schwangerschaft nur einmal (Erstantrag pro Schwangerschaft).

Für jedes Land gibt es einen zentralen Zuweisungsempfänger der Bundesstiftung. In elf Ländern ist es jeweils eine Stiftung des Landes zur Unterstützung und Hilfe für Mütter und Familien, in fünf Ländern – Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland – sind es Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden.

Die Mittel der Bundesstiftung werden anteilig nach dem Verteilerschlüssel gemäß § 1 Absatz 2 der Vergaberichtlinien (<https://www.bundesstiftung-mutter-und-kind.de/bumuki/ueber-uns/verga-berichtlinien>) auf alle Länder verteilt. In jedem einzelnen Land beeinflussen mehrere Faktoren die Höhe der errechneten durchschnittlichen Zuschussbeträge aus den Mitteln der Bundesstiftung: die Gesamtzahl der Hilfeempfängerinnen, ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung, sowie das verfügbare Budget aus den Stiftungsmitteln.

Die Länder unterscheiden sich grundsätzlich auch durch ihre Wirtschaftsstruktur, den Lebensstandard und die Lebenshaltungskosten. Die bundesweit bestehenden Abweichungen zwischen den gewährten Zuschussbeträgen in den Ländern beruhen vor allem auf den regional zum Teil unterschiedlichen Lebensverhältnissen und auch auf Grundentscheidungen zur Frage, wie die Hilfen der Bundesstiftung im jeweiligen Bundesland verwendet werden sollen.

Das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Artikel 46 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594), und die Richtlinien der Bundesstiftung über die Vergabe und Verwendung der Stiftungsmittel in der Fassung vom 24. Mai 2007, mit Wirkung für den Berichtszeitraum zuletzt geändert am 24. November 2020, geben den verbindlichen rechtlichen Rahmen für die Verfahrenspraxis der zentralen 16 Zuweisungsempfänger vor. Unter Beachtung dieser Vorgaben und der verfügbaren Stiftungsmittel sind für die ergänzenden Hilfen der Bundesstiftung die individuellen Notlagen der Schwangeren und Mütter maßgebend.

Die Zuweisungsempfänger in den Ländern und die Schwangerschaftsberatungsstellen vor Ort richten ihre Antrags- und Bearbeitungspraxis im laufenden Kalenderjahr kontinuierlich daran aus, das gedeckelte Budget und die konkreten Beratungsfälle optimal in Einklang zu bringen. Die Zahlen der Antragstellerinnen ebenso wie die der - positiv beschiedenen -

Hilfeempfängerinnen geben daher nur einen ungefähren Eindruck von der tatsächlichen Notsituation Schwangerer, auf die die Zweckbindung der Stiftungsmittel Anwendung findet, wieder.

II. Zusammenfassung Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2021 **795 492 Lebendgeburten**. Zum ersten Mal seit 2018 kam es somit zu einer Steigerung der Lebendgeburten um **2,9 %**. In den Vorjahren waren leichte Rückgänge zu verzeichnen; zuletzt ein Rückgang um 0,6 %. Die Geburtenzahl stabilisierte sich damit weiterhin auf hohem Niveau (2019: 778.090; 2020: 773.144).

2021 war mit **125 786 Antragstellerinnen** ein Rückgang von 4,8 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies war in diesem Jahrzehnt die geringste Anzahl an Antragsstellerinnen. Die Zahl der **Hilfeempfängerinnen** ging um 3,7 % auf **117 540** zurück. Damit lag sowohl die Zahl der Antragstellerinnen wie auch die der Hilfeempfängerinnen deutlich unter dem Niveau von 2014. Die Bewilligungsquote ist dagegen um einen Prozentpunkt auf 93 Prozent gestiegen (Tabelle 1).

Der Rückgang der Anträge ist auch in diesem Berichtsjahr zumindest zum Teil wieder eine Folge der Erschwerung der Antragsstellungen aufgrund der weiterhin bestehenden Corona-Pandemie. Die ab März 2020 geltenden Sonderregelungen zur Antragsstellung wurden zunächst bis September 2021 und schließlich bis Ende Mai 2022 verlängert. Weiterhin mussten sich die Hilfesuchenden zunächst telefonisch mit der Beratungsstelle in Verbindung setzen, mussten online ihren Antrag stellen und diesen meist noch in Papierformat einreichen. Immerhin ist der Rückgang der Antragsstellungen um 2,9 % geringer als noch im letzten Jahr.

Der prozentuale Anteil der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, betrug ausgehend von der Zahl der Lebendgeburten, in 2021 **14,8 %**, wohingegen 2020 der Anteil noch bei 15,8 % lag und 2019 bei 17,0 %. Der Anteil verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um einen Prozentpunkt, wodurch in 2021 zum ersten Mal nur etwas mehr als **jede siebte Schwangere**¹ von der Bundesstiftung Mutter und Kind unterstützt wurde. Es setzt sich somit ein deutlicher Rückgang des Anteils der schwangeren Frauen, die von der Bundesstiftung finanziell unterstützt wurden, fort.

¹ Dieser Wert stellt jedoch nur eine Annäherung dar, da zum einen Bewilligungen für Kinder, die in 2021 geboren wurden, zum Teil bereits in 2020 erfolgt sind, und zum anderen Kinder, für die noch in 2021 eine Bewilligung ausgesprochen wurde, erst Anfang 2022 geboren wurden.

Bei den Altersgruppen der Hilfeempfängerinnen gab es in 2021, wie bereits die Jahre zuvor, keine Veränderung. Der Anteil der **volljährigen Hilfeempfängerinnen** lag konstant bei **98 %** und die der **Minderjährigen** entsprechend bei nur **2 %** (Tabelle 2).

In Bezug auf den **wirtschaftlichen Status** der Hilfeempfängerinnen (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt), ist der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, um einen Prozentpunkt auf 48 % gesunken. Somit stellt diese Einkommensart immer noch mit großem Abstand die am häufigsten vorkommende Einkommensart der Hilfeempfängerinnen dar. Bei den Anteilen der Hilfeempfängerinnen mit anderen Einkommensarten gab es gegenüber zum Vorjahr keine Veränderungen (Tabelle 3). Nur der Anteil an Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit beziehen, ist um einen Prozentpunkt auf 20 % gesunken.

Hinsichtlich des Zeitpunkts der Antragstellung gab es in 2021 leichte Veränderungen. Nach wie vor wurden die Hilfen der Bundesstiftung von den Hilfeempfängerinnen ganz überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche**² beantragt. Allerdings ist der Anteil dieser Hilfeempfängerinnen, im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 69 % gesunken. Dagegen ist der Anteil der Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche um einen Prozentpunkt auf 4 % gestiegen. Die zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge sind bei einem Anteil von 27 % gleichgeblieben (Tabelle 5).

Bei den **Lebensformen** der Hilfeempfängerinnen gab es erstmals seit 2016 eine deutlichere Veränderung. Weiterhin die größte Gruppe mit 45 % bildeten im Berichtsjahr diejenigen Empfängerinnen, die in ehelicher Gemeinschaft lebten. Dieser Anteil sank aber im Vergleich zum Vorjahr um 4 %. Der Anteil der (zum Teil auch im elterlichen Haushalt) Alleinlebenden blieb dagegen gleich bei 33 %. Dagegen stieg der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen um 4 Prozentpunkte auf 22 % an (Tabelle 6).

In 2021 war die Anzahl der bei der Bundesstiftung **mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen** gegenüber dem Vorjahr relativ konstant geblieben und nur um 19 Beratungsstellen gesunken. Insgesamt wirkten somit 1 231 Beratungsstellen bei der Antragstellung auf Bundesstiftungsmittel mit. Davon befanden sich rund 85 % in freier, der Rest in staatlicher bzw. kommunaler Trägerschaft (Tabelle 7).

Bei der Gesamtzahl von **177.544 Hilfeempfängerinnen** in Deutschland betrug 2021 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung 800 Euro** und war somit gegenüber dem Vorjahr um 30 Euro höher. Das entspricht einer Erhöhung von 3,9 % (Tabelle 9). Die Erhöhung des

² Erfasst wird die Schwangerschaftswoche entsprechend der Angabe im Mutterpass. Diese berechnet sich nach dem ersten Tag der letzten Periode und kann daher von dem tatsächlichen Empfängnisterrnin bis zu 2 Wochen abweichen. Die Frist nach § 218 StGB wird dagegen nach dem Zeitpunkt der Empfängnis berechnet. Im Hinblick auf die Frage, wie viele der Hilfeempfängerinnen aus Anlass einer Schwangerschaftskonfliktberatung die Beratungsstelle aufgesucht haben, liefert die Statistik daher nur Näherungswerte, zumal auch nicht jede Hilfeempfängerin, die innerhalb der ersten 12 Schwangerschaftswochen einen Hilfeantrag stellte, die Beratungsstelle aus diesem Grund aufgesucht haben wird.

Durchschnittsbetrags ergibt sich zum einen aus dem Rückgang der Zahl der Hilfeempfängerinnen um 3,7 %. Zum anderen hat sich die **Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung** gegenüber 2019 verändert: Während sich die Anteile der Bewilligungen bis zu 300 Euro und der Bewilligungen bis 600 Euro um einen Prozentpunkt bzw. 3 Prozentpunkte verringerten, erhöhten sich die Anteile der Bewilligungen bis 1.000 Euro (um 3 Prozentpunkte) und der Bewilligungen über 1.500 Euro (um 2 Prozentpunkte). Die Anteile der Bewilligungen bis 1.500 Euro verringerten sich dagegen um einen Prozentpunkt. Somit wurden am Häufigsten Beträge zwischen 600 und 1000 Euro bewilligt, es folgten Bewilligungen mit Beträgen zwischen 300 und 600 Euro, dann bis 1 500 Euro, während Beträge bis 300 Euro und über 1 500 Euro mit jeweils 5 % am Seltensten bewilligt wurden. Die Verschiebung zu höheren Bewilligungsbeträgen, die im Jahr 2019 erstmals aufgetreten ist, setzt sich somit im Jahr 2021 fort (Tabelle 10).

Noch deutlicher wird es, wenn man bzgl. der Verteilung der Bewilligungen nach Beträgen pro Erstbewilligung die Daten aus den Ländern heranzieht (Tabelle 30). Im Berichtsjahr wurden, wie in den Vorjahren, in keinem Land Beträge bis 300 Euro am häufigsten ausbezahlt. Dies war im Jahr 2018 mit 54 % in Baden-Württemberg und 47 % in Bremen noch deutlich anders. Die deutliche Zunahme bei den Bewilligungen der Beträge zwischen 600 und 1000 Euro aus dem Jahr 2019 stagnierte ebenfalls. Solche Beträge wurden in 9 Ländern am häufigsten ausbezahlt. In 6 Ländern waren es Beträge zwischen 300 und 600 Euro. In Bayern stiegen die Bewilligungen der Beträge über 1.500 Euro erheblich an: Im Jahr 2020 erhielten diesen Betrag 13 % aller Hilfeempfängerinnen in Bayern, während es 2021 bereits 25 % aller Hilfeempfängerinnen waren.

III. Deutschland – Daten 2021

Endgültige Geburtenzahl: 795 492 (2020: 773 144)
(Statistischen Bundesamt auf www.destatis.de)

Tabelle 1: Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland

	Antragstellerinnen	Hilfeempfängerinnen
2012	143 246 (100 %)	130 464 (91 %)
Veränderung 2011/2012	- 0,9 %	- 1,4 %
2013	144 775 (100 %)	132 639 (92 %)
Veränderung 2012/2013	+ 1,1 %	+ 1,7 %
2014	145 015 (100 %)	132 049 (91 %)
Veränderung 2013/2014	+ 0,2 %	- 0,4 %
2015	151 313 (100 %)	136 938 (90 %)
Veränderung 2014/2015	+ 4,3 %	+ 3,7 %
2016	172 477 (100 %)	156 682 (91 %)
Veränderung 2015/2016	+ 14,0 %	+ 14,4 %
2017	166 462 (100 %)	152 652 (92 %)
Veränderung 2016/2017	- 3,5 %	- 2,6 %
2018	153 724 (100 %)	140 818 (92 %)
Veränderung 2017/2018	- 7,7 %	- 7,8 %
2019	144 000 (100 %)	132 170 (92 %)
Veränderung 2018/2019	- 6,3 %	- 6,1 %
2020	132 111 (100 %)	122 044 (92%)
Veränderung 2019/2020	- 8,3 %	- 7,7 %
2021	125.786 (100 %)	117.540 (93 %)
Veränderung 2020/2021	- 4,8 %	- 3,7 %

Tabelle 2: Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Alter der Hilfeempfängerin	unter 14 Jahre	14 bis 17 Jahre	ab 18 Jahre
2012	41 (0 %)	3 316 (3 %)	127 107 (97 %)
2013	43 (0 %)	3 650 (3 %)	128 946 (97 %)
2014	25 (0 %)	3 313 (3 %)	128 711 (97 %)
2015	34 (0 %)	3 305 (2 %)	133 599 (98 %)
2016	56 (0 %)	3 587 (2 %)	153 039 (98 %)
2017	45 (0 %)	3 072 (2 %)	149 535 (98 %)
Änderung der Erfassung	bis 17 Jahre		ab 18 Jahre
2018	2 632 (2 %)		138 186 (98 %)
2019	2 571 (2 %)		129 599 (98 %)
2020	2.620 (2 %)		119 424 (98 %)
2021	1.916 (2 %)		115.624 (98 %)

Tabelle 3: Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland

Status der HiE	Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit	Leistungen nach SGB III	Leistungen nach BAFöG, Ausbildungsvergütung	Leistungen nach SGB II und XII	Leistungen nach AsylbLG³	Sonstige Sozialleistungen	Ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen
2012	34 113 (26 %)	5 721 (4 %)	6 029 (5 %)	61 410 (47 %)	2 850 (2 %)	4 587 (4 %)	15 754 (12 %)
2013	33 595 (25 %)	5 650 (4 %)	5 633 (4 %)	62 161 (47 %)	3 836 (3 %)	4 448 (3 %)	17 316 (13 %)
2014	31 464 (24 %)	5 063 (4 %)	5 486 (4 %)	62 770 (48 %)	6 684 (5 %)	4 615 (3 %)	15 967 (12 %)
2015	31 034 (23 %)	3 977 (3 %)	4 598 (3 %)	64 100 (47 %)	13 009 (9 %)	6 314 (5 %)	13 906 (10 %)
2016	31 493 (20 %)	3 830 (2 %)	3 511 (2 %)	69 929 (45 %)	26 239 (17 %)	6 562 (4 %)	15 118 (10 %)
2017	30 899 (20 %)	3 496 (2 %)	3 012 (2 %)	79 202 (52 %)	14 483 (10 %)	6 476 (4 %)	15 084 (10 %)
2018	25 449 (18 %)	2 875 (2 %)	2 929 (2 %)	74 581 (53 %)	10 181 (7 %)	6 734 (5 %)	18 060 (13 %)
2019	24 024 (18 %)	2 725 (2 %)	2 391 (2 %)	67 393 (51 %)	9 300 (7 %)	6 928 (5 %)	19 409 (15 %)
2020	23 390 (19 %)	2 903 (2 %)	2 363 (2 %)	60 220 (49 %)	7 380 (6 %)	6 789 (6 %)	18 999 (16 %)
2021	23.776 (20 %)	2.756 (2 %)	2.317 (2 %)	56.617 (48 %)	7.295 (6 %)	6.679 (6 %)	18.100 (16 %)

³ Die Spalte „Leistungen nach dem AsylbLG“ ist erstmals im Berichtsjahr 2015 in den Bericht aufgenommen worden.

Tabelle 4: entfallen

Tabelle 5: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Schwangerschaftswoche	1. bis 12. Woche	13. bis 20. Woche	Nach der 20. Woche
2012	9 135 (7 %)	40 554 (31 %)	80 775 (62 %)
2013	8 759 (7 %)	40 861 (31 %)	83 019 (62 %)
2014	7 916 (6 %)	40 051 (30 %)	84 082 (64 %)
2015	7 802 (6 %)	42 103 (31 %)	87 033 (63 %)
2016	8 165 (5 %)	43 579 (28 %)	104 938 (67 %)
2017	6 286 (4 %)	42 813 (28 %)	103 553 (68 %)
2018	5 524 (4 %)	39 250 (28 %)	96 044 (68 %)
2019	4 942 (4 %)	36 860 (28 %)	90 368 (68 %)
2020	4 236 (3 %)	32 852 (27 %)	84 956 (70 %)
2021	5 205 (4 %)	31.150 (27 %)	81 185 (69 %)

Tabelle 6: Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland

Lebensform der Hilfeempfängerin	In ehelicher Gemeinschaft lebend	Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	In eheähnlicher Gemeinschaft lebend
2012	51 351 (39 %)	50 541 (39 %)	28 572 (22 %)
2013	52 253 (39 %)	51 710 (39 %)	28 676 (22 %)
2014	52 938 (40 %)	50 508 (38 %)	28 603 (22 %)
2015	59 373 (43 %)	50 678 (37 %)	26 887 (20 %)
2016	78 706 (50 %)	51 552 (33 %)	26 424 (17 %)
2017	77 534 (51 %)	50 661 (33 %)	24 457 (16 %)
2018	71 199 (50 %)	47 343 (34 %)	22 276 (16 %)
2019	64 744 (49 %)	44 967 (34 %)	22 459 (17 %)
2020	59 638 (49 %)	40 917 (33 %)	21 489 (18 %)
2021	52 578 (45 %)	38 835 (33 %)	26 127 (22 %)

Tabelle 7: Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen

Anzahl	Schwanger- schaftsbera- tungsstellen	Freie Träger- schaft	Staatlich / kom- munale Träger- schaft
2012	1 255	1 025	230
Veränderung 2011/2012	- 1,4 %	- 0,2 %	- 6,5 %
2013	1 258	1 029	229
Veränderung 2012/2013	+ 0,2 %	+ 0,4 %	- 0,4 %
2014	1 246	1 024	222
Veränderung 2013/2014	- 1,0 %	+ 0,5 %	- 3,1 %
2015	1 265	1 043	222
Veränderung 2014/2015	+ 1,5 %	+ 1,9 %	+/- 0 %
2016	1 254	1 026	228
Veränderung 2015/2016	- 0,9 %	- 1,6 %	+ 2,7 %
2017*)	1 249	1 029	220
Veränderung 2016/2017	+ 0,4 %	+ 0,3 %	- 3,5 %
2018	1 245	1 030	215
Veränderung 2017/2018	- 0,3 %	+ 0,1 %	- 2,3 %
2019	1 238	1 026	212
Veränderung 2018/2019	- 0,6 %	- 0,4 %	- 1,4 %
2020	1 250	1 045	205
Veränderung 2019/2020	+ 1,0 %	+ 1,9 %	- 3,3 %
2021	1 231	1 045	186
Veränderung 2020/2021	- 1,5 %	+/- 0 %	- 9,3 %

*) Veränderung gegenüber Sozialdatenbericht 2017 infolge einer nachträglichen Korrektur bei den Länderdaten.

Tabelle 8: Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII

Zur Feststellung einer Notlage im Sinne von § 2 MuKStiftG ist in § 3 der Vergaberichtlinien der Bundesstiftung eine Einkommenshöchstgrenze festgelegt (§ 53 der Abgabenordnung). Die Zuweisungsempfänger in den Ländern haben für die Festsetzung ihrer eigenen Einkommensgrenzen einen gewissen Spielraum unter Beachtung der Vorgaben der Vergaberichtlinien und des § 53 Abgabenordnung.

Wegen der länderspezifischen Unterschiede wird auf die Länder - Daten (Tabelle 28) verwiesen.

Tabelle 9: Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland

	Durchschnittsbetrag (nach alter Berechnung)⁴	Durchschnittsbetrag (nach neuer Berechnung)⁵
2012	695 Euro	735 Euro
Veränderung 2011/2012	+ 13 Euro	- 26 Euro
2013	692 Euro	702 Euro
Veränderung 2012/2013	- 3 Euro	- 33 Euro
2014	694 Euro	597 Euro
Veränderung 2013/2014	+ 2 Euro	- 105 Euro
2015	669 Euro	613 Euro
Veränderung 2014/2015	- 25 Euro	+ 16 Euro
2016	634 Euro	655 Euro
Veränderung 2015/2016	- 35 Euro	+ 42 Euro
2017	623 Euro	622 Euro
Veränderung 2016/2017	- 11 Euro	- 33 Euro
2018	684 Euro	661 Euro
Veränderung 2017/2018	+ 61 Euro	+ 39 Euro
2019	763 Euro	736 Euro
Veränderung 2018/2019	+ 79 Euro	+ 75 Euro
2020	809 Euro	770 Euro
Veränderung 2019/2020	+ 46 Euro	+ 34 Euro
2021	839 Euro	800 Euro
Veränderung 2020/2021	+ 30 Euro	+ 30 Euro

Tabelle 10: Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2020

Anzahl der Erstbewilligungen	bis 300 €	bis 600 €	bis 1.000 €	bis 1.500 €	über 1.500 €
2012	11 143 (9 %)	58 110 (45 %)	42 134 (32 %)	17 422 (13 %)	1 655 (1 %)
2013	11 735 (9 %)	59 732 (45 %)	41 814 (32 %)	17 639 (13 %)	1 719 (1 %)
2014	11 993 (9 %)	61 595 (47 %)	41 525 (31 %)	15 042 (11 %)	1 894 (1 %)
2015	14 327 (10 %)	66 551 (49 %)	41 850 (31 %)	9 676 (7 %)	4 534 (3 %)
2016	23 550 (15 %)	80 473 (51 %)	35 877 (23 %)	14 950 (10 %)	1 832 (1 %)
2017	25 700 (17 %)	79 195 (52 %)	35 877 (23 %)	9 984 (7 %)	1 896 (1 %)
2018	20 286 (14 %)	60 330 (43 %)	45 351 (32 %)	12 130 (9 %)	2 721 (2 %)
2019	11 547 (9 %)	53 198 (40 %)	43 552 (33 %)	19 463 (15 %)	4 410 (3 %)
2020	6 918 (6 %)	46 821 (38 %)	42 320 (35 %)	21 730 (18 %)	4 255 (3 %)
2021	5 638 (5 %)	41 435 (35 %)	44 317 (38 %)	20 040 (17 %)	6 110 (5 %)

⁴ Mittelwert der Durchschnittsbeträge der 16 Zuweisungsempfänger (ZE)⁵ Neuberechnung des Durchschnittsbetrags des Bundes seit Sozialdatenbericht 2020 (s. Hinweis in Sozialdatenbericht 2020, S. 5 f.)

Tabelle 11: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel

(siehe Tabelle 31)

Tabelle 12: Orientierungsrahmen

(siehe Tabelle 32)

Tabelle 13: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt

(siehe Tabelle 33).

IV. Zusammenfassung Länder

Auch im Berichtsjahr 2021 zeigten sich wieder zum Teil erhebliche **Unterschiede zwischen den Bundesländern**.

2021 ging in 14 Bundesländern die **Zahl der Hilfeempfängerinnen** zwischen 1,3 % und 19,6 % zurück. Rückgänge von über 10 % waren in Rheinland-Pfalz (14,8 %), Sachsen (14,9 %) und Thüringen (19,6 %). Dies ist besonders in Thüringen ein deutlicher Rückgang: im letzten Jahr war dort zumindest noch ein Anstieg der Zahl der Hilfeempfängerinnen von 0,8 % zu verzeichnen. In zwei Bundesländern stieg der Anteil der Hilfeempfängerinnen dagegen an: in Bayern um einen Prozentpunkt und in Nordrhein-Westfalen um 3,1 %. 2020 war Nordrhein-Westfalen dagegen eins der fünf Bundesländer, die einen Rückgang von mindestens 10 % verzeichneten. Einen Rückgang der **Antragszahlen** gab es in allen Bundesländern mit Ausnahme Bayerns. Am höchsten fiel er mit 19,2 % in Thüringen aus, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit einem Rückgang um 14,6 %. Den geringsten Rückgang gab es in Hamburg mit 0,8 %. Der Anstieg in Bayern betrug aber auch nur 1,0 % (Tabelle 14).

Die höchste **Quote an bewilligten Anträgen** konnte im Jahr 2021, wie bereits im Vorjahr, Bayern mit 98 % verzeichnen. Die niedrigste Bewilligungsquote gab es erneut in Brandenburg (87 %), wo aber immerhin ein Anstieg der Bewilligungsquote um einen Prozentpunkt zu verzeichnen war. In allen anderen Ländern betrug sie mindestens 90 % (Tabelle 15).

Der prozentuale Anteil der **Hilfeempfängerinnen unter 18 Jahren** betrug 2021, wie bereits 2020, durchschnittlich 2 %. Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sind die einzigen Bundesländer, die mit 4 bzw. 3 % über dem Durchschnitt lagen. 5 Länder wiesen dagegen Werte unterhalb des Durchschnitts auf (Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein). Der prozentuale Anteil der

Hilfeempfängerinnen über 18 Jahren lag dem entsprechend, wie auch in den Vorjahren, im Bundesdurchschnitt bei 98 % (Tabelle 16).

Der **wirtschaftliche Status der Hilfeempfängerinnen** (erfasst nach der Einkommensart, die das Haupteinkommen darstellt) veränderte sich in Deutschland kaum (Tabelle 3). Wie stets waren aber Verschiebungen zwischen diesen Gruppen festzustellen (Tabellen 17 bis 23):

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach SGB II und SGB XII** erhielten, war 2021 im Bundesdurchschnitt um 2 Prozentpunkte auf 48 % gesunken. In den Ländern lagen die Veränderungen sowohl nach unten als auch nach oben zwischen 1 und 5 Prozentpunkten und waren damit vergleichsweise gering: in 9 Bundesländern fiel der Anteil, wohingegen in 2 Ländern eine Steigerung zu verzeichnen war und in 5 Ländern der Anteil im Vergleich zum Vorjahr gleichblieb.

Auch in 2021 war der Anteil dieser Gruppe in fast allen Ländern am höchsten; er betrug zwischen 34 % (Bayern) und 66 % (Berlin). Mehr als 50 % betrug er in 7 Ländern, über 60 % in 3 Ländern. Die einzige Ausnahme bildet Thüringen, wo mit einem Anteil von 34 % diese Haupteinkommensart bei den Hilfeempfängerinnen nur am zweithäufigsten vorkommt. Mit 11 Prozentpunkten mehr stellen Hilfeempfängerinnen, die Einkommen aus selbstständiger oder nicht selbstständiger Tätigkeit beziehen, dort den größten Anteil dar (Tabelle 20).

Der prozentuale Anteil derjenigen Hilfeempfängerinnen, die **Einkommen aus selbstständiger oder nicht selbstständiger Tätigkeit** bezogen, stieg bundesweit im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt auf 20 %. Etwa in diesem Bereich bewegte er sich auch bei den meisten Ländern. In Bayern, Schleswig-Holstein und Thüringen lag er mit 31 % bzw. 45 % jedoch deutlich höher, in Baden-Württemberg und im Saarland mit 11 bzw. 10 % dagegen etwas niedriger. Insgesamt ist in 2021 Einkommen aus selbstständiger oder nicht selbstständiger Tätigkeit in einem Bundesland (Thüringen) die häufigste, in 10 Bundesländern die zweithäufigste und in 5 Ländern die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen gewesen (Tabelle 17).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen **ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen** entsprach im Bundesdurchschnitt mit 16 % dem Vorjahreswert und war damit der dritthäufigste Tatbestand unter „wirtschaftlicher Status“. In den Ländern belegte er dreimal den zweiten Platz (19 bis 35 %), neunmal den dritten Platz (11 bis 19 %) und viermal den vierten Platz (2 bis 10 %) (Tabelle 23).

Der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** bezogen, veränderte sich 2021 im Bundesdurchschnitt nicht. Auch in den Bundesländern gab es nur leichte Abweichungen zum Vorjahr. In 2 Ländern (Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen) war ein Rückgang von jeweils nur einem Prozentpunkt zu verzeichnen, in Bremen jedoch sogar um 3 Prozentpunkte. Dagegen war in 6 Ländern der Anteil zwischen 1 und 2

Prozentpunkten angestiegen. Entsprechend war in 7 Ländern der Anteil, verglichen zum Vorjahr, gleichgeblieben. In 2 Bundesländern stellte er die dritthäufigste Haupteinkommensart der Hilfeempfängerinnen dar und in 9 Bundesländern die vierthäufigste (Tabelle 21).

Im Bundesdurchschnitt war der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **sonstige Sozialleistungen** erhielten, in 2021 bei 6 % stagniert. Nach Ländern betrachtet, blieb er in 9 gleich, in 2 Ländern war er gefallen und ein Plus gab es in 5 Ländern.

Die Veränderungen betrugen 1 bis 2 Prozentpunkte und waren damit sehr gering. Höchstwerte gab es wieder in Niedersachsen und Hessen mit 17 bzw. 16 % und in Bayern mit 13 %. In Niedersachsen und Hessen stellte er sogar die zweithäufigste Haupteinkommensart dar (Tabelle 22).

2021 bezogen im Bundesdurchschnitt unverändert 2 % der Hilfeempfängerinnen **BAFöG und Ausbildungsvergütungen** als Haupteinkommen. Nach Bundesländern betrachtet blieb deren Anteil in 11 Ländern gleich, fiel in 2 Ländern (Bremen und Schleswig-Holstein) um jeweils einen Prozentpunkt und stieg in 3 Ländern (Berlin, Hamburg und Sachsen-Anhalt) jeweils um einen Prozentpunkt an. Mit Werten von 0 bis 3 % in 15 Ländern lag er durchgehend niedrig. Wie in den Vorjahren war lediglich in Sachsen-Anhalt mit 9 % ein höherer Wert zu verzeichnen (Tabelle 19).

Ebenfalls wie im Vorjahr war in 2021 der Anteil der Hilfeempfängerinnen, die **Leistungen nach dem SGB III** bezogen, mit 2 % unverändert geblieben. Nach Bundesländern betrachtet gab es gegenüber 2020 lediglich drei Abweichungen um jeweils einen Prozentpunkt: Zwei negative Abweichungen im Saarland auf 2 % und in Thüringen auf 3 % und eine positive Abweichung in Mecklenburg-Vorpommern auf 5 %. Mit Werten zwischen 0 und 5 % war der Anteil der SGB III-Bezieherinnen unter den Hilfeempfängerinnen überall niedrig und dennoch in 13 Bundesländern nicht die am seltensten vorkommende Haupteinkommensart (Tabelle 18).

Auch im Berichtsjahr 2021 wurde in allen Bundesländern der Antrag auf Stiftungshilfen überwiegend nach der 20. **Schwangerschaftswoche** gestellt, im Bundesdurchschnitt zu 69 % und somit um einen Prozentpunkt weniger als noch 2020. Am seltensten kam das mit 58 % in Baden-Württemberg und mit jeweils 60 % im Saarland und Sachsen vor. In den übrigen Ländern betrug der Anteil der nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellten Anträge mindestens 60 % und mehr, mit Abstand am größten war er in Brandenburg mit 91 % und in Berlin und Thüringen mit je 88 %. In Brandenburg haben sich die Anteile in allen Kategorien in diesem Berichtsjahr wesentlich verändert: Während im Jahr 2020 noch 22 % alle Hilfeempfängerinnen ihren Antrag zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche gestellt haben, waren es im Jahr 2021 nur noch 9 %. Dementsprechend ist die Anzahl der Anträge nach der 20. Schwangerschaftswoche erheblich gestiegen: 2020 waren es in Brandenburg lediglich 76 %, während es in 2021 dann 91 % aller Anträge waren. Genau gegensätzlich veränderten sich die Zahlen in Bremen und

Hamburg: Dort waren im Vorjahr noch 95 bzw. 78 % aller Anträge von Hilfeempfängerinnen nach der 20. Schwangerschaftswoche gestellt worden und nur 4 bzw. 20 % von Hilfeempfängerinnen, die sich zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche befanden. Im Berichtsjahr war dagegen dieser Anteil um 10 bzw. 9 Prozentpunkte auf 14 bzw. 29 % gestiegen und dementsprechend der Anteil der Anträge nach der 20. Schwangerschaftswoche um 9 bzw. 11 Prozentpunkte auf 86 bzw. 67 % gesunken.

Die Unterschiede zwischen den Kategorien „13. bis 20. Schwangerschaftswoche“ und „nach der 20. Schwangerschaftswoche“ waren in Baden-Württemberg, Sachsen und im Saarland am geringsten. In Baden-Württemberg betrug der Anteil der Antragsstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 35 und 58 % der Anträge wurden erst danach gestellt. In Sachsen stellten 33 % der Hilfeempfängerinnen den Antrag bereits zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche und 60 % erst danach. Im Saarland betrug der Anteil der Antragstellungen zwischen der 13. und 20. Schwangerschaftswoche 30 %, nach der 20. Schwangerschaftswoche wurden 60 % der Anträge gestellt. Antragstellungen bis zur 12. Schwangerschaftswoche waren überall mit Abstand am seltensten. Deren Anteil bewegte sich in 15 Bundesländern zwischen 0 bis 7 %; lediglich im Saarland waren es 10 % (Tabelle 25).

Erhebliche Unterschiede bestanden nach wie vor in der **Lebensform der Hilfeempfängerinnen**. In den westlichen Bundesländern und Berlin machten die in ehelicher Gemeinschaft Lebenden den größten Anteil der Hilfeempfängerinnen aus (zwischen 43 und 58 %) und der Anteil der in eheähnlicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen war der geringste: Er betrug nur zwischen 11 und 22 %. Im Vergleich zum Vorjahr kam es hier in 5 Bundesländern zu einer Steigerung des Anteils um jeweils einen Prozentpunkt. Dies trat vor allem in den westlichen Bundesländern auf. Der Anteil sank dagegen jeweils in 2 östlichen und 2 westlichen Bundesländern sowie in Berlin um bis zu 4 Prozentpunkten.

In Thüringen, welches in den letzten Jahren immer das einzige östliche Bundesland war, in dem die in ehelicher Gemeinschaft lebenden Hilfeempfängerinnen die größte Gruppe ausmachten, sank dieser Anteil um 5 Prozentpunkte auf 34 %, wodurch es nur noch die zweithäufigste Lebensform ist. Mit 39 % alleinlebenden Hilfeempfängerinnen und 27 %, die in eheähnlicher Gemeinschaft lebten, war die Verteilung dort ziemlich gleichmäßig.

In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen war der größte Anteil mit 39 bis 46 % bei den Alleinlebenden festzustellen (Tabelle 26).

Im Bundesdurchschnitt stieg 2021 der **statistische Durchschnittswert einer Bewilligung** um 30 Euro (3,9 %) auf **800 Euro** an. In 14 Ländern war ein Anstieg zu verzeichnen (zwischen 0,1 und 21,9 %). Der stärkste Anstieg des statistisch durchschnittlich bewilligten Betrages war im Jahr 2021 mit 21,9 % in Niedersachsen zu verzeichnen, gefolgt von Bayern mit 9,3 % und Saarland mit 8,8 %. In den Bundesländern Baden-Württemberg (6,4 %) und Hamburg (5,4 %) sank dagegen der statistische Durchschnittswert einer Bewilligung.

Erneut war Bremen das Bundesland mit dem geringsten Durchschnittsbetrag in Höhe von 501 Euro. Den zweitniedrigsten Durchschnittsbetrag erhielten Hilfeempfängerinnen 2021 in Nordrhein-Westfalen mit 597 Euro, gefolgt von Schleswig-Holstein mit 660 Euro und Hamburg mit 667 Euro. Wie auch im Jahr 2020 lagen somit in 2 Ländern die Durchschnittswerte unter 600 Euro.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erhielten 2021 in 7 Ländern die Hilfeempfängerinnen rechnerisch einen geringeren Durchschnittsbetrag und in 9 Ländern mehr. Alle östlichen Bundesländer lagen mit ihrer durchschnittlichen Bewilligungssumme oberhalb des Bundesdurchschnitts.

Den höchsten Durchschnittsbetrag gab es auch 2021 wieder in Bayern mit 1.269 Euro; der Durchschnittsbetrag wurde hier im Vergleich zum Vorjahr um 108 Euro erhöht. Es folgten mit etwas Abstand Sachsen mit 1.059 Euro durchschnittlicher Bewilligungssumme, Brandenburg mit 1037 Euro und Thüringen mit 979 Euro (Tabelle 29).

Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung wurden für 2021 wie bereits in den Vorjahren von den Landesstiftungen in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeldet. Bayern hat Eigenmittel von 959.735 Euro aufgebracht, 523.797 Euro mehr als 2020. Prozentual ist das eine erhebliche Steigerung um 120 %. Dies ist besonders beachtlich, da Bayern in den Vorjahren bei den zusätzlichen Mitteln des Landes bzw. der Landesstiftung erhebliche Verringerungen von 64,4 bzw. 45,2 % vorgenommen hatte.

Auch in Thüringen ist eine erhebliche Steigerung um 6.906 Euro (28,6 %) auf 31.059 Euro der zusätzlichen Mittel im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Auch hier erfolgte in den letzten beiden Vorjahren eine Reduzierung um 28,2 bzw. 24,2 %. Die zusätzlichen Mittel in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete erstmals auch eine Steigerung um 5.600 Euro (56 %) auf 15.600 Euro.

In Rheinland-Pfalz dagegen verringerte sich der Betrag der zusätzlichen Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung um 37.000 Euro (14,5 %) auf 218.000 Euro. Auch in Sachsen-Anhalt lag eine erhebliche Senkung um 2.250 Euro (65,2 %) auf 1.200 Euro vor (Tabelle 33).

V. Länder – Daten 2021

Tabelle 14: Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Antragstellerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	10 943 (100 %)	12 485 (100 %)	8 563 (100 %)	6 495 (100 %)
2013	11 139 (100 %)	12 724 (100 %)	8 679 (100 %)	6 320 (100 %)
2014	10 815 (100 %)	11 860 (100 %)	8 632 (100 %)	6 031 (100 %)
2015	15 021 (100 %)	10 555 (100 %)	8 580 (100 %)	5 469 (100 %)
2016	17 178 (100 %)	16 741 (100 %)	9 615 (100 %)	5 790 (100 %)
2017	16 285 (100 %)	16 402 (100 %)	8 895 (100 %)	5 212 (100 %)
2018	15 574 (100 %)	14 294 (100 %)	7 843 (100 %)	4 789 (100 %)
2019	15 202 (100 %)	12 801 (100 %)	7 655 (100 %)	4 348 (100 %)
2020	13 942 (100 %)	12 366 (100 %)	7 160 (100 %)	3 683 (100 %)
2021	13 082 (100 %)	12 462 (100 %)	6 882 (100 %)	3 375 (100 %)

Antragstellerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	2 068 (100 %)	4 603 (100 %)	9 359 (100 %)	5 028 (100 %)
2013	2 065 (100 %)	4 787 (100 %)	9 553 (100 %)	4 716 (100 %)
2014	2 124 (100 %)	4 777 (100 %)	10 026 (100 %)	4 565 (100 %)
2015	2 463 (100 %)	5 234 (100 %)	10 477 (100 %)	4 269 (100 %)
2016	2 543 (100 %)	5 595 (100 %)	12 027 (100 %)	4 380 (100 %)
2017	2 673 (100 %)	5 323 (100 %)	11 570 (100 %)	4 035 (100 %)
2018	2 438 (100 %)	5 076 (100 %)	10 845 (100 %)	3 622 (100 %)
2019	2 150 (100 %)	4 750 (100 %)	10 053 (100 %)	3 227 (100 %)
2020	2 216 (100 %)	4 197 (100 %)	9 383 (100 %)	2 779 (100 %)
2021	2 089 (100 %)	4 163 (100 %)	8 780 (100 %)	2 702 (100 %)

Antragstellerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	15 749 (100 %)	35 830 (100 %)	5 280 (100 %)	1 521 (100 %)
2013	16 099 (100 %)	36 627 (100 %)	5 410 (100 %)	1 478 (100 %)
2014	16 588 (100 %)	38 449 (100 %)	5 373 (100 %)	1 623 (100 %)
2015	17 063 (100 %)	41 161 (100 %)	5 444 (100 %)	1 735 (100 %)
2016	19 100 (100 %)	44 934 (100 %)	6 340 (100 %)	2 104 (100 %)
2017	17 627 (100 %)	45 259 (100 %)	6 159 (100 %)	2 202 (100 %)
2018	16 487 (100 %)	42 727 (100 %)	5 741 (100 %)	1 945 (100 %)
2019	15 734 (100 %)	40 402 (100 %)	5 146 (100 %)	1 741 (100 %)
2020	14 681 (100 %)	36 311 (100 %)	4 930 (100 %)	1 752 (100 %)
2021	13 867 (100 %)	35 604 (100 %)	4 208 (100 %)	1 675 (100 %)

Antragstellerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	8 319 (100 %)	5 946 (100 %)	6 358 (100 %)	4 699 (100 %)
2013	8 174 (100 %)	5 892 (100 %)	6 488 (100 %)	4 624 (100 %)
2014	7 824 (100 %)	5 561 (100 %)	6 495 (100 %)	4 272 (100 %)
2015	7 735 (100 %)	5 251 (100 %)	6 872 (100 %)	3 984 (100 %)
2016	8 261 (100 %)	5 773 (100 %)	7 763 (100 %)	4 333 (100 %)
2017	7 622 (100 %)	5 358 (100 %)	7 832 (100 %)	4 008 (100 %)
2018	7 026 (100 %)	4 717 (100 %)	7 119 (100 %)	3 481 (100 %)
2019	6 513 (100 %)	4 656 (100 %)	6 584 (100 %)	3 038 (100 %)
2020	6 030 (100 %)	4 217 (100 %)	5 615 (100 %)	2 849 (100 %)
2021	5 271 (100 %)	3 789 (100 %)	5 534 (100 %)	2 303 (100 %)

Tabelle 15: Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern

Hilfeempfängerinnen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	10 048 (92 %)	12 110 (97 %)	7 519 (88 %)	6 141 (95 %)
2013	10 474 (94 %)	12 325 (97 %)	7 767 (89 %)	6 292 (100 %)
2014	10 084 (93 %)	11 627 (98 %)	7 837 (91 %)	5 760 (96 %)
2015	13 539 (90 %)	10 258 (97 %)	7 832 (91 %)	5 213 (95 %)
2016	16 019 (93 %)	16 215 (97 %)	8 552 (89 %)	5 271 (91 %)
2017	15 243 (94 %)	15 805 (96 %)	7 765 (87 %)	4 642 (89 %)
2018	14 604 (94 %)	13 729 (96 %)	6 934 (88 %)	4 216 (88 %)
2019	14 233 (94 %)	12 437 (97 %)	7 104 (93 %)	3 602 (83 %)
2020	13 196 (95 %)	12 118 (98 %)	6 664 (93 %)	3 149 (86 %)
2021	12 277 (94 %)	12 242 (98 %)	6 465 (94 %)	2 939 (87 %)

Hilfeempfängerinnen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	1 945 (94 %)	4 334 (94 %)	8 628 (92 %)	4 619 (92 %)
2013	1 928 (93 %)	4 544 (95 %)	8 873 (93 %)	4 362 (93 %)
2014	2 000 (94 %)	4 486 (94 %)	9 419 (94 %)	4 215 (92 %)
2015	2 313 (94 %)	4 882 (93 %)	9 598 (92 %)	3 902 (91 %)
2016	2 398 (94 %)	5 199 (93 %)	11 140 (93 %)	3 952 (90 %)
2017	2 533 (95 %)	4 982 (94 %)	10 911 (94 %)	3 658 (91 %)
2018	2 342 (96 %)	4 481 (88 %)	10 157 (94 %)	3 327 (92 %)
2019	2 052 (95 %)	4 421 (93 %)	9 408 (94 %)	2 984 (92 %)
2020	2 112 (95 %)	3 884 (93 %)	8 798 (94 %)	2 556 (92 %)
2021	1 983 (95 %)	3 834 (92 %)	8 207 (93 %)	2 495 (92 %)

Hilfeempfängerinnen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	14 504 (92 %)	31 432 (88 %)	4 625 (88 %)	1 477 (97 %)
2013	14 647 (91 %)	32 160 (88 %)	4 704 (87 %)	1 428 (97 %)
2014	15 022 (91 %)	33 376 (87 %)	4 749 (88 %)	1 534 (95 %)
2015	15 442 (90 %)	35 949 (87 %)	4 799 (88 %)	1 654 (96 %)
2016	17 321 (91 %)	39 656 (88 %)	5 855 (92 %)	2 021 (96 %)
2017	15 994 (91 %)	40 593 (90 %)	5 578 (91 %)	2 119 (96 %)
2018	14 744 (89 %)	38 346 (90 %)	5 241 (91 %)	1 890 (97 %)
2019	14 068 (89 %)	36 376 (90 %)	4 691 (91 %)	1 719 (99 %)
2020	13 224 (90 %)	32 733 (90 %)	4 517 (92 %)	1 594 (91 %)
2021	12 540 (90 %)	33 739 (95 %)	3 850 (91 %)	1 511 (90 %)

Hilfeempfängerinnen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	7 371 (89 %)	5 484 (92 %)	5 913 (93 %)	4 314 (92 %)
2013	7 359 (90 %)	5 440 (92 %)	6 075 (94 %)	4 261 (92 %)
2014	6 910 (88 %)	5 166 (93 %)	6 040 (93 %)	3 824 (90 %)
2015	6 854 (89 %)	4 869 (92 %)	6 180 (90 %)	3 654 (92 %)
2016	6 890 (83 %)	5 304 (92 %)	6 999 (90 %)	3 890 (90 %)
2017	7 127 (94 %)	4 884 (91 %)	7 210 (92 %)	3 608 (90 %)
2018	6 535 (93 %)	4 302 (91 %)	6 740 (95 %)	3 230 (93 %)
2019	5 837 (90 %)	4 301 (92 %)	6 213 (94 %)	2 724 (90 %)
2020	5 556 (92 %)	3 900 (92 %)	5 296 (94 %)	2 747 (96 %)
2021	4 727 (90 %)	3 517 (93 %)	5 006 (90 %)	2 208 (96 %)

Tabelle 16: Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern

Alter	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
bis 17 Jahre	285 (2 %)	225 (2 %)	85 (1 %)	71 (2 %)
ab 18 Jahre	11 992 (98 %)	12 017 (98 %)	6 380 (99 %)	2 868 (98 %)

Alter	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
bis 17 Jahre	30 (2 %)	21 (1 %)	104 (1 %)	88 (4 %)
ab 18 Jahre	1 953 (98 %)	3 813 (99 %)	8 103 (99 %)	2 407 (96 %)

Alter	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
bis 17 Jahre	273 (2 %)	240 (1 %)	62 (2 %)	43 (3 %)
ab 18 Jahre	12 267 (98 %)	33 499 (99 %)	3 788 (98 %)	1 468 (97 %)

Alter	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 17 Jahre	134 (3 %)	122 (3 %)	66 (1 %)	67 (3 %)
ab 18 Jahre	4 593 (97 %)	3 395 (97 %)	4 940 (99 %)	2 141 (97 %)

Tabelle 17: Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern⁶

HiE mit Arbeits-einkommen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	3 284 (33 %)	6 556 (54 %)	1 750 (23 %)	2 134 (35 %)
2013	2 917 (28 %)	6 026 (49 %)	1 940 (25 %)	2 109 (34 %)
2014	2 953 (29 %)	4 993 (43 %)	2 040 (26 %)	1 843 (32 %)
2015	6 281 (46 %)	2 407 (23 %)	1 836 (23 %)	1 652 (32 %)
2016	5 384 (34 %)	4 058 (25 %)	1 895 (22 %)	1 332 (25 %)
2017	6 274 (41 %)	3 088 (20 %)	1 615 (21 %)	1 186 (26 %)
2018	2 332 (16 %)	2 696 (20 %)	1 211 (17 %)	998 (24 %)
2019	1 170 (8 %)	3 090 (25 %)	1 298 (18 %)	854 (24 %)
2020	1 383 (11 %)	3 402 (28 %)	1 264 (19 %)	727 (23 %)
2021	1 289 (11 %)	3 747 (31 %)	1 101 (17 %)	676 (23 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	304 (16 %)	988 (23 %)	1 858 (22 %)	1 308 (28 %)
2013	262 (14 %)	1 054 (23 %)	1 803 (20 %)	1 244 (28 %)
2014	235 (12 %)	934 (21 %)	1 759 (19 %)	1 191 (28 %)
2015	242 (10 %)	1 031 (21 %)	1 700 (18 %)	925 (24 %)
2016	195 (8 %)	965 (19 %)	1 729 (15 %)	903 (23 %)
2017	218 (8 %)	962 (19 %)	1 614 (15 %)	861 (24 %)
2018	168 (7 %)	1 140 (25 %)	1 625 (16 %)	759 (23 %)
2019	154 (7 %)	995 (22 %)	1 565 (17 %)	753 (25 %)
2020	274 (13 %)	924 (24 %)	1 397 (16 %)	659 (26 %)
2021	261 (13 %)	818 (21 %)	1 309 (16 %)	705 (28 %)

HiE mit Arbeits-einkommen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	2 253 (16 %)	5 885 (19 %)	1 191 (26 %)	275 (19 %)
2013	2 430 (17 %)	5 882 (18 %)	1 160 (25 %)	267 (20 %)
2014	2 325 (15 %)	5 795 (17 %)	1 135 (24 %)	257 (17 %)
2015	2 233 (14 %)	5 679 (16 %)	1 048 (22 %)	226 (13 %)
2016	2 291 (13 %)	5 727 (14 %)	1 077 (18 %)	243 (12 %)
2017	2 166 (14 %)	5 992 (15 %)	1 059 (19 %)	234 (11 %)
2018	1 982 (13 %)	5 687 (15 %)	1 084 (21 %)	212 (11 %)
2019	1 895 (13 %)	5 700 (16 %)	1 009 (22 %)	185 (11 %)
2020	1 821 (14 %)	5 396 (17 %)	1 004 (22 %)	178 (11 %)
2021	1 669 (13 %)	6 945 (21 %)	803 (21 %)	156 (10 %)

HiE mit Arbeitsein-kommen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	1 220 (17 %)	1 259 (23 %)	1 988 (34 %)	1 860 (43 %)
2013	1 283 (17 %)	1 350 (25 %)	2 071 (34 %)	1 797 (42 %)
2014	1 189 (17 %)	1 341 (26 %)	1 957 (33 %)	1 517 (40 %)
2015	1 194 (17 %)	1 116 (23 %)	1 990 (32 %)	1 474 (40 %)
2016	1 140 (17 %)	988 (19 %)	1 850 (27 %)	1 716 (44 %)
2017	1 232 (17 %)	883 (18 %)	2 049 (28 %)	1 466 (41 %)
2018	1 355 (21 %)	765 (18 %)	2 023 (30 %)	1 412 (44 %)
2019	1 300 (22 %)	776 (18 %)	2 131 (34 %)	1 149 (42 %)
2020	1 303 (24 %)	696 (18 %)	1 716 (32 %)	1 246 (45 %)
2021	1 082 (23 %)	659 (19 %)	1 554 (31 %)	1 002 (45 %)

⁶ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 18: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern⁷

HiE mit SGB III	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	629 (6 %)	779 (6 %)	210 (3 %)	255 (4 %)
2013	602 (6 %)	791 (6 %)	173 (2 %)	242 (4 %)
2014	504 (5 %)	531 (5 %)	173 (2 %)	201 (3 %)
2015	84 (1 %)	305 (3 %)	126 (2 %)	166 (3 %)
2016	0 (0 %)	492 (3 %)	124 (1 %)	149 (3 %)
2017	13 (0 %)	362 (2 %)	73 (1 %)	119 (3 %)
2018	12 (0 %)	256 (2 %)	44 (1 %)	91 (2 %)
2019	14 (0 %)	235 (2 %)	57 (1 %)	93 (2 %)
2020	5 (0 %)	272 (2 %)	65 (1 %)	81 (3 %)
2021	11 (0 %)	251 (2 %)	68 (1 %)	88 (3 %)

HiE mit SGB III	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	43 (2 %)	131 (3 %)	387 (4 %)	283 (6 %)
2013	33 (2 %)	171 (4 %)	377 (4 %)	225 (5 %)
2014	37 (2 %)	162 (4 %)	341 (3 %)	182 (5 %)
2015	33 (1 %)	131 (3 %)	297 (3 %)	174 (4 %)
2016	26 (1 %)	131 (2 %)	292 (2 %)	144 (3 %)
2017	47 (2 %)	143 (3 %)	286 (2 %)	126 (3 %)
2018	28 (1 %)	98 (2 %)	225 (2 %)	114 (3 %)
2019	17 (1 %)	60 (1 %)	214 (2 %)	100 (3 %)
2020	19 (1 %)	91 (2 %)	258 (3 %)	92 (4 %)
2021	19 (1 %)	66 (2 %)	248 (3 %)	115 (5 %)

HiE mit SGB III	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	488 (3 %)	1 222 (4 %)	246 (5 %)	62 (4 %)
2013	556 (4 %)	1 214 (4 %)	254 (5 %)	53 (4 %)
2014	569 (4 %)	1 202 (3 %)	240 (5 %)	67 (4 %)
2015	457 (3 %)	1 209 (3 %)	226 (5 %)	64 (4 %)
2016	462 (3 %)	1 105 (3 %)	237 (4 %)	45 (2 %)
2017	396 (2 %)	1 126 (3 %)	177 (3 %)	42 (2 %)
2018	350 (2 %)	956 (2 %)	185 (3 %)	33 (2 %)
2019	346 (2 %)	905 (3 %)	160 (3 %)	38 (2 %)
2020	325 (2 %)	925 (3 %)	177 (4 %)	41 (3 %)
2021	291 (2 %)	967 (3 %)	154 (4 %)	35 (2 %)

HiE mit SGB III	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	253 (3 %)	187 (3 %)	245 (4 %)	301 (7 %)
2013	217 (3 %)	185 (4 %)	229 (4 %)	328 (8 %)
2014	209 (3 %)	131 (3 %)	260 (4 %)	254 (7 %)
2015	181 (3 %)	100 (2 %)	229 (4 %)	195 (5 %)
2016	171 (2 %)	105 (2 %)	214 (3 %)	133 (3 %)
2017	178 (3 %)	92 (2 %)	229 (3 %)	87 (2 %)
2018	160 (2 %)	68 (2 %)	174 (3 %)	81 (2 %)
2019	142 (2 %)	101 (2 %)	167 (3 %)	76 (3 %)
2020	173 (3 %)	101 (3 %)	176 (3 %)	102 (4 %)
2021	129 (3 %)	99 (3 %)	150 (3 %)	65 (3 %)

⁷ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 19: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern⁸

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	686 (7 %)	525 (4 %)	291 (4 %)	221 (4 %)
2013	694 (7 %)	450 (4 %)	332 (4 %)	183 (3 %)
2014	806 (8 %)	361 (3 %)	313 (4 %)	190 (3 %)
2015	650 (5 %)	88 (1 %)	255 (3 %)	154 (3 %)
2016	145 (2 %)	76 (1 %)	230 (3 %)	136 (3 %)
2017	169 (1 %)	62 (0 %)	128 (2 %)	103 (2 %)
2018	533 (4 %)	32 (0 %)	104 (2 %)	104 (2 %)
2019	342 (2 %)	30 (0 %)	98 (1 %)	95 (3 %)
2020	414 (3 %)	18 (0 %)	66 (1 %)	93 (3 %)
2021	376 (3 %)	18 (0 %)	85 (2 %)	88 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2012	73 (4 %)	104 (2 %)	294 (3 %)	239 (5 %)
2013	71 (4 %)	110 (2 %)	261 (3 %)	210 (5 %)
2014	80 (4 %)	110 (2 %)	267 (3 %)	170 (4 %)
2015	85 (4 %)	117 (2 %)	234 (3 %)	168 (4 %)
2016	60 (2 %)	107 (2 %)	195 (2 %)	111 (3 %)
2017	41 (2 %)	92 (2 %)	184 (2 %)	118 (3 %)
2018	32 (1 %)	34 (1 %)	188 (2 %)	92 (3 %)
2019	31 (2 %)	35 (1 %)	150 (2 %)	35 (1 %)
2020	43 (2 %)	22 (0 %)	109 (1 %)	30 (1 %)
2021	20 (1 %)	27 (1 %)	102 (1 %)	33 (1 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Niedersach- sen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	853 (6 %)	988 (3 %)	154 (3 %)	106 (7 %)
2013	842 (6 %)	902 (3 %)	131 (3 %)	72 (5 %)
2014	771 (5 %)	870 (3 %)	133 (3 %)	78 (5 %)
2015	665 (4 %)	795 (2 %)	124 (3 %)	58 (3 %)
2016	608 (3 %)	722 (2 %)	151 (3 %)	57 (3 %)
2017	511 (3 %)	587 (1 %)	191 (4 %)	58 (3 %)
2018	465 (3 %)	520 (1 %)	99 (2 %)	44 (2 %)
2019	429 (3 %)	463 (1 %)	39 (1 %)	38 (2 %)
2020	388 (3 %)	432 (1 %)	46 (1 %)	41 (3 %)
2021	378 (3 %)	484 (1 %)	42 (1 %)	44 (3 %)

HiE mit BAföG/ AusbVerg.	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2012	254 (3 %)	586 (11 %)	279 (5 %)	376 (9 %)
2013	238 (3 %)	535 (10 %)	232 (4 %)	370 (9 %)
2014	189 (3 %)	574 (11 %)	260 (4 %)	314 (8 %)
2015	168 (3 %)	496 (10 %)	233 (4 %)	308 (9 %)
2016	148 (2 %)	450 (9 %)	211 (3 %)	104 (3 %)
2017	125 (2 %)	405 (8 %)	126 (2 %)	112 (3 %)
2018	95 (1 %)	350 (8 %)	148 (2 %)	89 (3 %)
2019	114 (2 %)	303 (7 %)	119 (2 %)	70 (3 %)
2020	115 (2 %)	330 (8 %)	129 (3 %)	87 (3 %)
2021	107 (2 %)	326 (9 %)	113 (2 %)	74 (3 %)

⁸ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 20: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern⁹

HiE mit SGB II und SGB XII	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	3 860 (38 %)	4 120 (34 %)	4 696 (63 %)	2 850 (47 %)
2013	3 267 (31 %)	4 795 (39 %)	4 643 (60 %)	3 068 (49 %)
2014	3 220 (31 %)	5 269 (45 %)	4 599 (59 %)	2 816 (49 %)
2015	4 362 (32 %)	5 244 (51 %)	4 687 (60 %)	2 356 (45 %)
2016	5 431 (34 %)	7 117 (44 %)	4 716 (55 %)	2 486 (47 %)
2017	6 419 (42 %)	7 698 (49 %)	4 933 (63 %)	2 332 (50 %)
2018	6 283 (43 %)	6 232 (45 %)	4 810 (69 %)	2 214 (53 %)
2019	5 775 (41 %)	4 930 (40 %)	4 730 (67 %)	1 788 (50 %)
2020	5 197 (39 %)	4 658 (39 %)	4 386 (66 %)	1 538 (49 %)
2021	4 818 (39 %)	4 120 (34 %)	4 286 (66 %)	1 440 (49 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	1 128 (58 %)	2 114 (49 %)	3 850 (45 %)	2 388 (52 %)
2013	1 051 (55 %)	2 111 (47 %)	3 974 (45 %)	2 280 (52 %)
2014	1 105 (55 %)	2 163 (48 %)	4 260 (45 %)	2 155 (51 %)
2015	1 318 (57 %)	2 172 (45 %)	4 138 (43 %)	2 019 (52 %)
2016	1 413 (59 %)	2 356 (45 %)	4 420 (40 %)	1 978 (50 %)
2017	1 646 (65 %)	2 613 (53 %)	5 200 (48 %)	1 884 (52 %)
2018	1 566 (67 %)	2 388 (53 %)	5 253 (52 %)	1 779 (53 %)
2019	1 446 (70 %)	2 545 (58 %)	4 707 (50 %)	1 514 (51 %)
2020	1 375 (65 %)	2 053 (53 %)	4 304 (49 %)	1 233 (48 %)
2021	1 283 (65 %)	2 061 (54 %)	3 856 (47 %)	1 119 (45 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	7 214 (50 %)	14 889 (47 %)	1 854 (40 %)	737 (50 %)
2013	7 121 (49 %)	15 567 (48 %)	1 808 (38 %)	776 (54 %)
2014	7 194 (48 %)	16 260 (49 %)	1 887 (40 %)	823 (54 %)
2015	7 350 (48 %)	17 382 (48 %)	1 739 (36 %)	934 (57 %)
2016	7 719 (45 %)	18 177 (46 %)	2 151 (37 %)	1 327 (66 %)
2017	8 663 (54 %)	21 682 (53 %)	2 581 (46 %)	1 459 (69 %)
2018	8 037 (55 %)	21 477 (56 %)	2 371 (45 %)	1 282 (68 %)
2019	7 443 (53 %)	19 775 (54 %)	2 035 (43 %)	1 125 (65 %)
2020	6.800 (51 %)	17 505 (53 %)	1 708 (38 %)	1 006 (63 %)
2021	6 162 (49 %)	18 017 (53 %)	1 515 (39 %)	908 (60 %)

HiE mit SGB II und SGB XII	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	4 938 (67 %)	3 017 (55 %)	2 303 (39 %)	1 452 (34 %)
2013	4 946 (67 %)	2 886 (53 %)	2 421 (40 %)	1 447 (34 %)
2014	4 592 (67 %)	2 656 (51 %)	2 350 (40 %)	1 421 (37 %)
2015	4 339 (63 %)	2 461 (51 %)	2 359 (38 %)	1 240 (34 %)
2016	3 961 (57 %)	2 886 (54 %)	2 469 (35 %)	1 322 (34 %)
2017	4 389 (62 %)	2 960 (61 %)	3 169 (44 %)	1 574 (43 %)
2018	3 821 (59 %)	2 613 (61 %)	3 178 (47 %)	1 277 (39 %)
2019	3 266 (56 %)	2 534 (59 %)	2 673 (43 %)	1 107 (41 %)
2020	2 954 (53 %)	2.148 (55 %)	2 327 (44 %)	1 028 (37 %)
2021	2 417 (51 %)	1 783 (51 %)	2 088 (42%)	744 (34 %)

⁹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 21: Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern¹⁰

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	161 (2 %)	19 (0 %)	387 (5 %)	87 (1 %)
2013	133 (1 %)	122 (1 %)	473 (6 %)	104 (2 %)
2014	730 (7 %)	388 (3 %)	539 (7 %)	157 (3 %)
2015	1 791 (13 %)	604 (6 %)	754 (10 %)	347 (7 %)
2016	3 804 (24 %)	2 169 (13 %)	1 443 (17 %)	589 (11 %)
2017	2 102 (14 %)	1 275 (8 %)	866 (11 %)	404 (9 %)
2018	1 733 (12 %)	869 (6 %)	686 (10 %)	364 (9 %)
2019	1 638 (12 %)	555 (4 %)	831 (12 %)	324 (9 %)
2020	1 213 (9 %)	151 (1 %)	816 (12 %)	281 (9 %)
2021	1 220 (10 %)	153 (1 %)	786 (12 %)	265 (9 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	68 (3 %)	220 (5 %)	179 (2 %)	5 (0 %)
2013	125 (6 %)	181 (4 %)	277 (3 %)	35 (1 %)
2014	187 (9 %)	282 (6 %)	487 (5 %)	93 (2 %)
2015	317 (14 %)	495 (10 %)	980 (10 %)	234 (6 %)
2016	372 (16 %)	808 (16 %)	2 192 (20 %)	272 (7 %)
2017	288 (11 %)	473 (9 %)	1 293 (12 %)	147 (4 %)
2018	225 (10 %)	250 (6 %)	713 (7 %)	134 (4 %)
2019	141 (7 %)	273 (6 %)	664 (7 %)	101 (3 %)
2020	137 (6 %)	258 (7 %)	516 (6 %)	118 (5 %)
2021	119 (3 %)	283 (7 %)	523 (7 %)	110 (4 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	410 (3 %)	983 (3 %)	14 (0 %)	27 (2 %)
2013	540 (4 %)	1 336 (4 %)	113 (2 %)	19 (1 %)
2014	996 (7 %)	1 944 (6 %)	216 (4 %)	40 (3 %)
2015	1 687 (11 %)	3 846 (11 %)	468 (10 %)	83 (5 %)
2016	3 308 (19 %)	7 156 (18 %)	1 079 (18 %)	131 (6 %)
2017	1 376 (9 %)	4 197 (10 %)	431 (8 %)	51 (2 %)
2018	946 (6 %)	2 768 (7 %)	239 (5 %)	57 (3 %)
2019	944 (7 %)	2 446 (7 %)	236 (5 %)	48 (3 %)
2020	778 (6 %)	1 863 (6 %)	232 (5 %)	41 (3 %)
2021	845 (7 %)	1 717 (5 %)	196 (5 %)	72 (5 %)

HiE mit Leistungen nach AsylbLG	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	52 (1 %)	98 (2 %)	109 (2 %)	31 (1 %)
2013	58 (1 %)	126 (3 %)	153 (3 %)	41 (1 %)
2014	149 (2 %)	153 (3 %)	261 (4 %)	62 (1 %)
2015	385 (6 %)	362 (8 %)	458 (7 %)	198 (5 %)
2016	655 (10 %)	561 (11 %)	1 274 (18 %)	426 (11 %)
2017	531 (7 %)	225 (5 %)	618 (9 %)	206 (6 %)
2018	411 (6 %)	170 (4 %)	431 (7 %)	185 (6 %)
2019	402 (7 %)	193 (5 %)	341 (5 %)	163 (6 %)
2020	340 (6 %)	186 (5 %)	323 (6 %)	127 (5 %)
2021	353 (8 %)	189 (5 %)	323 (6 %)	141 (6 %)

¹⁰ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 22: Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten, nach Bundesländern¹¹

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	124 (1 %)	57 (1 %)	9 (0 %)	20 (0 %)
2013	89 (1 %)	63 (0 %)	13 (0 %)	28 (0 %)
2014	100 (1 %)	31 (0 %)	10 (0 %)	37 (1 %)
2015	95 (1 %)	1 551 (15 %)	8 (0 %)	39 (1 %)
2016	0 (0 %)	2 093 (13 %)	11 (0 %)	65 (1 %)
2017	0 (0 %)	1 925 (12 %)	7 (0 %)	23 (0 %)
2018	0 (0 %)	1 620 (12 %)	8 (0 %)	21 (0 %)
2019	311 (2 %)	1 496 (12 %)	10 (0 %)	13 (0 %)
2020	394 (3 %)	1 323 (11 %)	2 (0 %)	18 (0 %)
2021	232 (2 %)	1 611 (13 %)	11 (0 %)	0 (0 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	64 (3 %)	19 (0 %)	834 (10 %)	28 (1 %)
2013	41 (2 %)	9 (0 %)	842 (9 %)	27 (1 %)
2014	31 (2 %)	5 (0 %)	922 (10 %)	35 (1 %)
2015	60 (3 %)	6 (0 %)	867 (9 %)	31 (1 %)
2016	103 (4 %)	6 (0 %)	771 (7 %)	36 (1 %)
2017	24 (1 %)	61 (1 %)	790 (7 %)	32 (1 %)
2018	22 (1 %)	155 (4 %)	1 341 (13 %)	31 (1 %)
2019	25 (1 %)	71 (2 %)	1 254 (13 %)	42 (2 %)
2020	19 (1 %)	66 (2 %)	1 358 (15 %)	28 (1 %)
2021	28 (1 %)	43 (1 %)	1 319 (16 %)	27 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	2 110 (15 %)	861 (3 %)	54 (1 %)	16 (1 %)
2013	2 091 (14 %)	777 (2 %)	49 (1 %)	22 (1 %)
2014	2 038 (14 %)	950 (3 %)	46 (1 %)	25 (1 %)
2015	2 155 (14 %)	1 016 (3 %)	43 (1 %)	33 (2 %)
2016	1 973 (11 %)	995 (2 %)	49 (1 %)	23 (1 %)
2017	2 027 (13 %)	1 073 (3 %)	64 (1 %)	25 (1 %)
2018	2 133 (15 %)	989 (3 %)	43 (1 %)	26 (1 %)
2019	2 191 (16 %)	1 114 (3 %)	36 (1 %)	26 (2 %)
2020	2 182 (17 %)	1 006 (3 %)	68 (2 %)	19 (0 %)
2021	2 056 (17 %)	931 (3 %)	53 (2 %)	17 (1 %)

HiE mit sonstigen Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	90 (1 %)	19 (0 %)	179 (3 %)	103 (2 %)
2013	75 (1 %)	23 (0 %)	182 (3 %)	117 (2 %)
2014	96 (1 %)	18 (0 %)	204 (3 %)	67 (2 %)
2015	81 (1 %)	20 (0 %)	219 (4 %)	90 (3 %)
2016	79 (1 %)	25 (0 %)	260 (4 %)	73 (2 %)
2017	102 (1 %)	23 (0 %)	234 (3 %)	66 (2 %)
2018	120 (2 %)	13 (0 %)	159 (2 %)	62 (2 %)
2019	87 (2 %)	18 (0 %)	169 (3 %)	65 (2 %)
2020	98 (2 %)	22 (0 %)	130 (3 %)	56 (2 %)
2021	108 (2 %)	10 (0 %)	180 (4 %)	53 (3 %)

¹¹ Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 23: Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern¹²

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	1 304 (13 %)	54 (1 %)	176 (2 %)	574 (9 %)
2013	2 772 (26 %)	78 (1 %)	193 (2 %)	558 (9 %)
2014	1 771 (19 %)	54 (1 %)	163 (2 %)	516 (9 %)
2015	276 (2 %)	59 (1 %)	166 (2 %)	499 (9 %)
2016	1 255 (8 %)	210 (1 %)	133 (2 %)	514 (10 %)
2017	266 (2 %)	1 395 (9 %)	143 (2 %)	475 (10 %)
2018	3 711 (25 %)	2 024 (15 %)	71 (1 %)	424 (10 %)
2019	4 983 (35 %)	2 101 (17 %)	80 (1 %)	435 (12 %)
2020	4 590 (35 %)	2 294 (19 %)	65 (1 %)	411 (13 %)
2021	4 331 (35 %)	2 342 (19 %)	128 (2 %)	382 (13 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012	265 (14 %)	758 (18 %)	1 226 (14 %)	368 (8 %)
2013	345 (18 %)	908 (20 %)	1 339 (15 %)	341 (8 %)
2014	325 (16 %)	830 (19 %)	1 383 (15 %)	389 (9 %)
2015	258 (11 %)	930 (19 %)	1 382 (14 %)	351 (9 %)
2016	229 (10 %)	826 (16 %)	1 541 (14 %)	508 (13 %)
2017	269 (11 %)	638 (13 %)	1 544 (14 %)	490 (13 %)
2018	301 (13 %)	416 (9 %)	812 (8 %)	418 (13 %)
2019	238 (12 %)	442 (10 %)	854 (9 %)	439 (15 %)
2020	245 (12 %)	470 (12 %)	856 (10 %)	396 (15 %)
2021	253 (13 %)	536 (14 %)	850 (10 %)	386 (16 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012	1 176 (8 %)	6 604 (21 %)	1 112 (24 %)	254 (17 %)
2013	1 067 (7 %)	6 482 (20 %)	1 189 (25 %)	219 (15 %)
2014	1 129 (7 %)	6 355 (19 %)	1 092 (23 %)	244 (16 %)
2015	895 (6 %)	6 022 (17 %)	1 151 (24 %)	256 (16 %)
2016	960 (6 %)	5 774 (15 %)	1 111 (19 %)	195 (10 %)
2017	855 (5 %)	5 936 (15 %)	1 075 (19 %)	250 (12 %)
2018	831 (6 %)	5 949 (16 %)	1 220 (23 %)	236 (13 %)
2019	820 (6 %)	5 973 (16 %)	1 176 (25 %)	259 (15 %)
2020	930 (7 %)	5 606 (17 %)	1 282 (28 %)	268 (17 %)
2021	1 139 (9 %)	4 678 (14 %)	1 087 (28 %)	279 (18 %)

HiE ohne Einkommen und Sozialleistungen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012	564 (8 %)	318 (6 %)	810 (14 %)	191 (4 %)
2013	542 (7 %)	335 (6 %)	787 (13 %)	161 (4 %)
2014	486 (7 %)	293 (6 %)	748 (12 %)	189 (5 %)
2015	506 (7 %)	314 (6 %)	692 (11 %)	149 (4 %)
2016	736 (11 %)	289 (5 %)	721 (10 %)	116 (3 %)
2017	570 (8 %)	296 (6 %)	785 (11 %)	97 (3 %)
2018	573 (9 %)	323 (7 %)	627 (9 %)	124 (4 %)
2019	526 (9 %)	376 (9 %)	613 (10 %)	94 (3 %)
2020	573 (10 %)	417 (11 %)	495 (9 %)	101 (4 %)
2021	531 (11 %)	451 (13 %)	598 (12 %)	129 (6 %)

¹² Aufgrund fehlender Zahlen aus Brandenburg über die Einkommensverhältnisse der Hilfeempfängerinnen sind diese für 2021 auf der Grundlage der Zahlen aus 2020 errechnet worden.

Tabelle 24: entfallen

Tabelle 25: Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2021 nach Bundesländern

Schwangerschafts- woche	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
1. bis 12.	863 (7 %)	90 (1 %)	104 (2 %)	6 (0 %)
13. bis 20.	4 335 (35 %)	3 272 (27 %)	685 (10 %)	269 (9 %)
nach der 20.	7 079 (58 %)	8 880 (72 %)	5 676 (88 %)	2 664 (91 %)

Schwangerschafts- woche	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
1. bis 12.	9 (0 %)	141 (4 %)	276 (3 %)	38 (2 %)
13. bis 20.	268 (14 %)	1 110 (29 %)	1 641 (20 %)	550 (22 %)
nach der 20.	1 706 (86 %)	2 583 (67 %)	6 290 (77 %)	1 907 (76 %)

Schwangerschafts- woche	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
1. bis 12.	174 (1 %)	2 322 (7 %)	276 (7 %)	158 (10 %)
13. bis 20.	3 419 (27 %)	9 969 (29 %)	908 (24 %)	448 (30 %)
nach der 20.	8 947 (71 %)	21 448 (64 %)	2 666 (69 %)	905 (60 %)

Schwangerschafts- woche	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
1. bis 12.	315 (7 %)	91 (3 %)	339 (7 %)	3 (0 %)
13. bis 20.	1 573 (33 %)	1 071 (30 %)	1 364 (27 %)	268 (12 %)
nach der 20.	2 839 (60 %)	2 355 (67 %)	3 303 (66 %)	1 937 (88 %)

Tabelle 26: Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2021 nach Bundesländern

Lebensform	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 733 (55 %)	6 557 (54 %)	2 780 (43 %)	925 (32 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 962 (32 %)	3 857 (31 %)	2 651 (41 %)	1 354 (46 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 582 (13 %)	1 828 (15 %)	1 034 (16 %)	660 (22 %)

Lebensform	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
In ehelicher Gemeinschaft lebend	940 (47 %)	1 688 (44 %)	4 729 (58 %)	819 (33 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	612 (31 %)	1 574 (41 %)	2 586 (31 %)	1 064 (43 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	431 (22 %)	572 (15 %)	892 (11 %)	612 (24 %)

Lebensform	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
In ehelicher Gemeinschaft lebend	6 351 (51 %)	18 133 (54 %)	2 139 (56 %)	867 (57 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	3 696 (29 %)	10 226 (30 %)	1 037 (27 %)	484 (32 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	2 493 (20 %)	5 380 (16 %)	674 (17 %)	160 (11 %)

Lebensform	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
In ehelicher Gemeinschaft lebend	1 636 (35 %)	1 280 (36 %)	2 600 (52 %)	752 (34 %)
Alleinlebend (auch im elterlichen Haushalt lebend)	1 985 (42 %)	1 493 (43 %)	1 391 (28 %)	863 (39 %)
In eheähnlicher Gemeinschaft lebend	1 106 (23 %)	744 (21 %)	1 015 (20 %)	593 (27 %)

Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	149 (100 %)	52 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	73 (49 %)	46 (88 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (51 %)	6 (12 %)	12 (19 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	55 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	49 (89 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	6 (11 %)	11 (19 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	50 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (82 %)	75 (50 %)	45 (90 %)	51 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (18 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	10 (19 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	151 (100 %)	53 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	75 (50 %)	48 (91 %)	50 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (9 %)	11 (18 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	152 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	76 (50 %)	43 (90 %)	50 (81 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (50 %)	5 (10 %)	12 (19 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	124 (100 %)	156 (100 %)	47 (100 %)	61 (100 %)
Freie Trägerschaft	103 (83 %)	80 (51 %)	42 (89 %)	51 (84 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	10 (16 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	122 (100 %)	156 (100 %)	49 (100 %)	64 (100 %)
Freie Trägerschaft	101 (83 %)	80 (51 %)	44 (90 %)	53 (83 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (17 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	123 (100 %)	156 (100 %)	48 (100 %)	62 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (83 %)	80 (51 %)	43 (90 %)	51 (82 %)
Staatlich/kommunal	21 (17 %)	76 (49 %)	5 (10 %)	11 (18 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	102 (100 %)	156 (100 %)	45 (100 %)	59 (100 %)
Freie Trägerschaft	102 (100 %)	80 (51 %)	40 (89 %)	50 (85 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	76 (49 %)	5 (11 %)	9 (15 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	40 (98 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (2 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	87 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	39 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	89 (100 %)	38 (97 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	1 (3 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	4 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Freie Trägerschaft	6 (100 %)	3 (100 %)	88 (100 %)	42 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Freie Trägerschaft	5 (100 %)	3 (100 %)	85 (100 %)	41 (100 %)
Staatlich/kommunal	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	0 (0 %)

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	238 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (74 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	62 (26 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	241 (100 %)	180 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	177 (73 %)	158 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	64 (27 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	181 (100 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (75 %)	159 (88 %)	80 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	22 (12 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	232 (100 %)	189 (100 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	168 (89 %)	93 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	59 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	234 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	21 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (74 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (90 %)
Staatlich/kommunal	61 (26 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	2 (10 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	230 (100 %)	188 (100 %)	77 (100 %) ¹³	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	173 (75 %)	167 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	57 (25 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	228 (100 %)	189 (100 %)	77 (100 %)	20 (100 %)
Freie Trägerschaft	175 (77 %)	168 (89 %)	77 (100 %)	19 (95 %)
Staatlich/kommunal	53 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	1 (5 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	222 (100 %)	183 (100 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	172 (77 %)	162 (89 %)	77 (100 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	50 (23 %)	21 (11 %)	0 (0 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	221 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	19 (100 %)
Freie Trägerschaft	176 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	19 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	223 (100 %)	187 (100 %)	97* (100 %)	18 (100 %)
Freie Trägerschaft	178 (80 %)	166 (89 %)	95 (98 %)	18 (100 %)
Staatlich/kommunal	45 (20 %)	21 (11 %)	2 (2 %)	0 (0 %)

* 77 geförderte Beratungsstellen inkl. Außenstellen

¹³ Nachträgliche Korrektur gegenüber Sozialdatenbericht 2017.

Fortsetzung Tabelle 27: Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern

	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
2012				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	51 (100 %)	36 (100 %)
Freie Trägerschaft	63 (81 %)	46 (96 %)	38 (75 %)	36 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (4 %)	13 (25 %)	0 (0 %)
2013				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	78 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	64 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2014				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	48 (100 %)	50 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	46 (96 %)	38 (76 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (4 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2015				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	79 (100 %)	44 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	65 (82 %)	42 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	14 (18 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2016				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	43 (100 %)	50 (100 %)	35 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	41 (95 %)	38 (76 %)	35 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2017				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	50 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	38 (76 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	12 (24 %)	0 (0 %)
2018				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	41 (100 %)	48 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	39 (95 %)	37 (77 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (23 %)	0 (0 %)
2019				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	57 (100 %)	34 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	46 (81 %)	34 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (19 %)	0 (0 %)
2020				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	49 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	42 (86 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	7 (14 %)	0 (0 %)
2021				
Anzahl der Schwangerschaftsberatungsstellen	81 (100 %)	40 (100 %)	56 (100 %)	33 (100 %)
Freie Trägerschaft	66 (81 %)	38 (95 %)	45 (80 %)	33 (100 %)
Staatlich/kommunal	15 (19 %)	2 (5 %)	11 (20 %)	0 (0 %)

Tabelle 28: Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2021 nach Bundesländern

	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Einkommensgrenzen	HV/HA = 1,5-facher RS AL = 2,5-facher RS	2,2 x RS (Härfälle 2,7 x RS) + Familienzuschläge 100 % v. RS + Unterkunftskosten	§ 53 AO: 4 x RS Paare u. HA; 5 x RS Alleinstehende (Bruttobezüge)	Einkommensgrenze Stiftung – Grundlage Bruttobezüge: AL = 5 x RS Paare/LG = 4 x RS HA = 3 x RS Härfälleregelung: § 53 Abs. 1 Nr. 2 AO AL = 5 x RS HA = 4 x RS
	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Einkommensgrenzen	AL: 3 x RS Paare u. HA: 4 x RS Kinder: 1 x RS + Warmmiete	AL: 3 x RS HV/HA: 2 x RS Kinder: 1 ½ RS zuzügl. Warmmiete	RS x 1,5 bzw. RS x 2 bei AL	2-facher RS bei HV und HA; 2,5-facher RS bei AL
	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einkommensgrenzen	HV = 4,5 x RS HA = 2,5 x RS	HV = 3 x RS HA = 2 x 80 % RS HA (0 – 5 J.) = 1,5 x 60 % RS HA (6 – 13 J.) = 1,5 x 70 % RS HA (14 – 24 J.) = 1,5 x 80 % RS AL = 3,75 x RS + Kinderzuschlag	HV/HA = 1,5 x RS; AL = 2 x RS + Mehrbedarf für Schwangere + tatsächliche Kosten für Unterkunft + tatsächliche angemessene wirtschaftliche Ausgaben	AL = 2,5 x RS + KdU; ansonsten 1,5 x RS + KdU
	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Einkommensgrenzen	"HV/HA=1,5xRS AL2xRS; zzgl. angem. Unterkunftskosten, Mehrbedarf ab 12. SSW, Mehrbedarf HV/HA bei Erwerbstätigkeit; Übersteigung des Netto - § 53 Abs. 1 Nr.2 AO; Folgeanträge möglich"	HV/HA = 2 x RS AL = 2,5 x RS + KdU+Mehrbedarf HV/HA Erwerbstätigkeit	HA=1,5xRS AL=2,5xRS+ 2RS für Kinder zzgl. angem. Kosten Unterkunft	HV/HA = 1,5 x RS und AL/HA = 2,0 x RS+ Mehrbedarf für Schwangere + angem.KdU; u.U. 20 %-ige Übersteigung d. Netto; § 53 AO; Folgeanträge möglich

Abkürzungen:

AL: Alleinerziehende; angem.: angemessene; AO: Abgabenordnung; HA: Haushaltsangehörige/r; HV: Haushaltsvorstand;
KdU: Kosten der Unterkunft/Unterbringung; RL: Regelleistung; RS: Regelsatz

Tabelle 29: Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2021 nach Bundesländern

Durchschnittsbe- trag in Euro	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
2012	1 154	1 218	562	559
2013	1 071	1 251	559	509
2014	983	1 380	605	557
2015	759	1 210	628	661
2016	802	1 109	595	687
2017	633	1 039	543	711
2018	628	1 142	679	800
2019	759	1 305	806	852
2020	860	1 161	768	1 025
2021	805	1 269	769	1 037

Durchschnittsbe- trag in Euro	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern
2012	459	525	758	478
2013	463	569	721	502
2014	450	537	689	535
2015	395	501	692	544
2016	381	483	595	589
2017	374	487	581	597
2018	428	526	684	722
2019	450	594	703	780
2020	480	705	772	911
2021	501	667	810	915

Durchschnittsbe- trag in Euro	Niedersachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland
2012	579	608	987	754
2013	557	590	942	725
2014	545	565	819	801
2015	545	526	805	713
2016	470	486	829	538
2017	527	484	800	545
2018	560	501	813	588
2019	653	536	934	645
2020	625	583	945	706
2021	762	597	960	768

Durchschnittsbe- trag in Euro	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen
2012	738	550	517	678
2013	779	585	518	726
2014	779	595	519	746
2015	755	628	531	804
2016	713	622	465	778
2017	788	617	432	813
2018	860	691	481	843
2019	964	745	526	955
2020	976	814	634	977
2021	1 059	864	660	979

Tabelle 30: Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2021 nach Bundesländern

Aufteilung der Beträge	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
Bis 300 Euro	0 (0 %)	556 (5 %)	304 (5 %)	0 (0 %)
Bis 600 Euro	5 919 (48 %)	665 (5 %)	1 099 (17 %)	306 (10 %)
Bis 1 000 Euro	2 094 (17 %)	3 614 (29 %)	4 538 (70 %)	1 613 (55 %)
Bis 1 500 Euro	4 104 (34 %)	4 382 (36 %)	233 (4 %)	973 (33 %)
Über 1 500	160 (1 %)	3 025 (25 %)	291 (4 %)	47 (2 %)

Aufteilung der Beträge	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
Bis 300 Euro	524 (26 %)	0 (0 %)	107 (1 %)	1 (0 %)
Bis 600 Euro	964 (49 %)	1 113 (29 %)	1 522 (19 %)	619 (25 %)
Bis 1 000 Euro	471 (24 %)	2 243 (58 %)	5 754 (70 %)	1 043 (42 %)
Bis 1 500 Euro	22 (1 %)	454 (12 %)	668 (8 %)	799 (32 %)
Über 1 500 Euro	2 (0 %)	24 (1 %)	156 (2 %)	33 (1 %)

Aufteilung der Beträge	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
Bis 300 Euro	125 (1 %)	2 498 (7 %)	774 (20 %)	30 (2 %)
Bis 600 Euro	5 770 (46 %)	18 150 (54 %)	1 190 (31 %)	358 (24 %)
Bis 1 000 Euro	3 831 (31 %)	11 444 (34 %)	262 (7 %)	779 (51 %)
Bis 1 500 Euro	2 513 (20 %)	1 524 (5 %)	1 025 (27 %)	300 (20 %)
Über 1 500 Euro	301 (2 %)	123 (0 %)	599 (15 %)	44 (3 %)

Aufteilung der Beträge	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Bis 300 Euro	282 (6 %)	1 (0 %)	396 (8 %)	40 (2 %)
Bis 600 Euro	878 (19 %)	172 (5 %)	2 351 (47 %)	359 (16 %)
Bis 1 000 Euro	1 342 (28 %)	2 215 (63 %)	2 074 (41 %)	1 000 (45 %)
Bis 1 500 Euro	1 105 (23 %)	1 088 (31 %)	162 (3 %)	688 (31 %)
Über 1 500 Euro	1 120 (24 %)	41 (1 %)	23 (1 %)	121 (6 %)

Tabelle 31: Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern

Zentrale Vergabe	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Zentrale Vergabe	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	nein	ja	beides	ja

Zentrale Vergabe	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	beides	ja	nein

Zentrale Vergabe	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 32: Orientierungsrahmen

Orientierungsrahmen	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja/nein	ja	ja	ja	ja

Orientierungsrahmen	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja/nein	ja	ja	nein	ja

Tabelle 33: Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung

Zusätzliche Mittel	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg
ja (in Euro)/nein	nein	959.735	nein	nein

Zusätzliche Mittel	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern
ja (in Euro)/nein	nein	nein	nein	15.600

Zusätzliche Mittel	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland
ja (in Euro)/nein	nein	nein	218.000	nein

Zusätzliche Mittel	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
ja (in Euro)/nein	24.800	1.200	nein	31.059

VI. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Antragstellerinnen und Hilfeempfängerinnen (jeweils Erstantrag pro Schwangerschaft) in Deutschland	7
Tabelle 2:	Alter der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	8
Tabelle 3:	Wirtschaftlicher Status der Hilfeempfängerinnen (HiE) in Deutschland	8
Tabelle 4:	entfallen	9
Tabelle 5:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 6:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen in Deutschland	9
Tabelle 7:	Anzahl der bei der Bundesstiftung mitwirkenden Schwangerschaftsberatungsstellen	10
Tabelle 8:	Einkommensgrenze nach den Regelsätzen des SGB XII	10
Tabelle 9:	Durchschnittsbetrag der Bundesstiftung pro Erstbewilligung in Deutschland	11
Tabelle 10:	Aufteilung der Beträge der Bundesstiftung pro Erstbewilligung 2020	11
Tabelle 11:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel	12
Tabelle 12:	Orientierungsrahmen	12
Tabelle 13:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung jährlich insgesamt	12
Tabelle 14:	Antragstellerin (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern ...	17
Tabelle 15:	Hilfeempfängerinnen (Erstantrag pro Schwangerschaft) nach Bundesländern	18
Tabelle 16:	Alter der Hilfeempfängerinnen nach Bundesländern	19
Tabelle 17:	Hilfeempfängerinnen (HiE) mit Einkommen aus selbständiger und nicht selbständiger Arbeit nach Bundesländern	20
Tabelle 18:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach dem SGB III (Arbeitsförderung) erhielten, nach Bundesländern	21
Tabelle 19:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach BAföG und/oder Ausbildungsvergütung (AusbVerg.) erhielten, nach Bundesländern	22
Tabelle 20:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und XII (Sozialhilfe) erhielten, nach Bundesländern	23
Tabelle 21:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die Leistungen nach AsylbLG erhielten, nach Bundesländern	24
Tabelle 22:	Hilfeempfängerinnen (HiE), die sonstige Sozialleistungen erhielten,	25
Tabelle 23:	Hilfeempfängerinnen (HiE) ohne eigenes Einkommen und Sozialleistungen nach Bundesländern	26
Tabelle 24:	entfallen	27
Tabelle 25:	Zeitpunkt der Anträge der Hilfeempfängerinnen 2021 nach Bundesländern	27
Tabelle 26:	Lebensform der Hilfeempfängerinnen 2021 nach Bundesländern	28
Tabelle 27:	Zahl der beteiligten Schwangerschaftsberatungsstellen nach Bundesländern	29
Tabelle 28:	Einkommensgrenzen nach Regelsätzen des SGB XII 2021 nach Bundesländern	33
Tabelle 29:	Durchschnittsbetrag pro Erstbewilligung 2021 nach Bundesländern	34
Tabelle 30:	Aufteilung der Beträge pro Erstbewilligung 2021 nach Bundesländern	35
Tabelle 31:	Zentrale Vergabe der Stiftungsmittel nach Bundesländern	36
Tabelle 32:	Orientierungsrahmen	36
Tabelle 33:	Zusätzliche Mittel des Landes bzw. der Landesstiftung	36